

Verkehrsprobleme? Kreis will Ortstermine ohne Bürger

Auch Ortsbürgermeister sollen bei Verkehrskommission nicht dabei sein

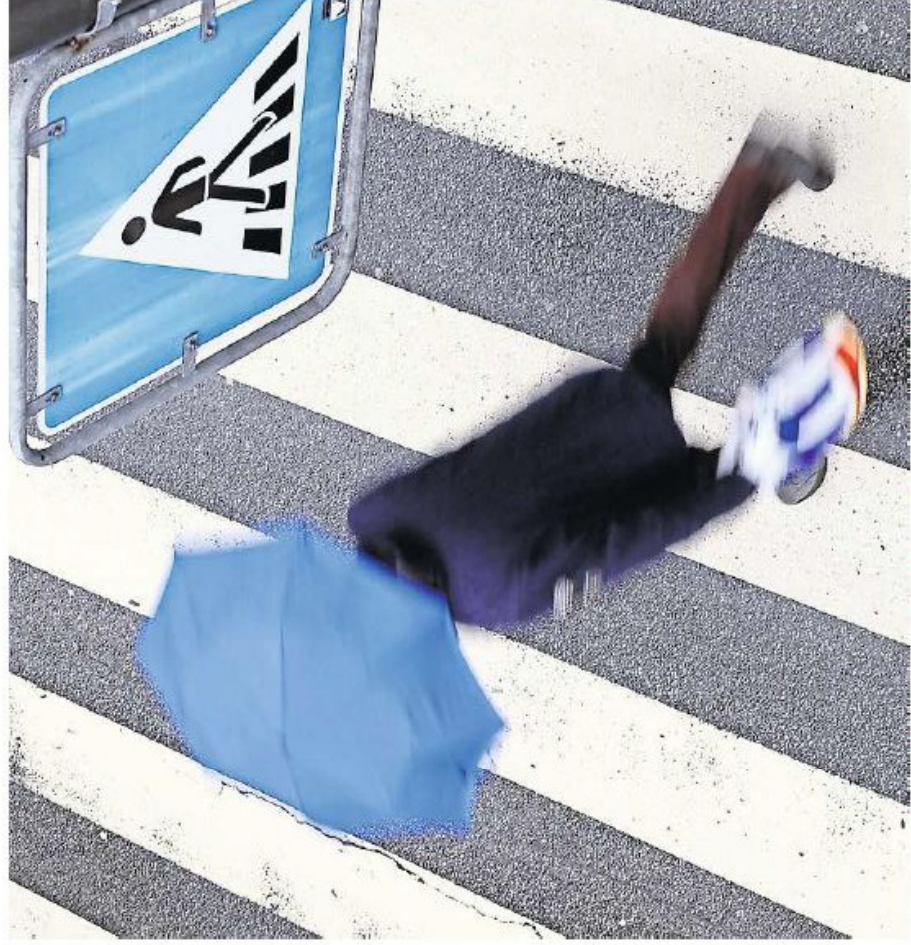
Von Tarek Abu Ajamieh

Kreis Hildesheim. Wenn sich Vertreter von Polizei, Landkreis und Straßenbau-Behörden zu Ortsterminen treffen, sollen Anlieger und Kommunalpolitiker nicht mehr dabei sein. Das hat der Landkreis Hildesheim jetzt gegenüber den Städten und Gemeinden erklärt. Vor allem zwei Kommunen im Nordkreis hatten bisher oft Bürger und Ortspolitiker zu Treffen der sogenannten Verkehrskommission eingeladen. Das sollen sie nicht mehr tun – die Bürgermeister sind wenig begeistert.

Die Verkehrskommission tritt unter anderem zusammen, wenn Bürger oder Kommunen eine gefährliche Stelle an einer Straße melden, zum Beispiel eine Ampel, einen Zebrastreifen oder ein Tempolimit fordern. Dabei sind stets Vertreter der Kreisverwaltung und der Polizei sowie der für die Straße verantwortlichen Behörde.

Zumindest in den Gemeinden Algermissen und Harsum kamen bislang vielfach Ortsbürgermeister, Ortsratsmitglieder oder Anlieger hinzu. „Oft geht es ja um Probleme, die Bürger an uns herantragen – da macht es ja Sinn, wenn die bei dem Termin auch dabei sind“, findet Algermissens Verwaltungschef Wolfgang Moegerle (CDU). Sein Harsumer Amtskollege Marcel Lütfin (parteilos) sieht es ähnlich: „Ein Mitarbeiter unseres Rathauses kann das Anliegen auch erklären, aber jemand, der regelmäßig oder gar täglich vor Ort ist oder dort sogar wohnt, kann es natürlich besser.“

Doch die Verantwortlichen im Kreis haben sich anders. „In den vergangenen Monaten ist es in den beiden Gemeinden immer mehr zu öffentlichen Terminen gekommen. Das war oftmals nicht effektiv“, sagt Rüdiger Garbsch, Leiter des Straßenverkehrsamtes. „Die örtlichen Detailkenntnisse können die Ge-



Zebrastreifen oder nicht? Eine klassische Frage für die Verkehrskommission.

FOTO: DPA

meindevertreter einbringen.“ Landrat Olaf Levenon (SPD) stärkt Garbsch den Rücken: „Wollen sich Ortsräte oder Ortsbürgermeister einbringen, müssen sie das über ihre jeweilige Gemeinde tun. Nur diese ist unser Ansprechpartner.“

Was längst nicht überall für Zufriedenheit sorgt. Erst kürzlich mobilisierte Burgstammens Ortsbürgermeisterin Heike Gesemann, über einen Termin der Verkehrskommis-

sion im Dorf gar nicht erst informiert worden zu sein: „Da reden wir immer wieder im Ortsrat über das Thema, dann kommen die Fachleute, und man erfährt erst hinterher davon – das kann nicht sinnvoll sein.“ Auch in anderen Orten sorgt die Aussage der jeweiligen Verwaltung, die Verkehrskommission habe zu einem Thema dieses oder jenes entschieden, regelmäßig für Unmut. Wobei Landrat Levenon betont, dass der Landkreis über „verkehrsbehördliche Anordnungen“ entspreche nur Empfehlungen aus.

Algermissens Bürgermeister Moegerle, zugleich Sprecher der Kommunen im Landkreis, überzeugt das nicht: „Ich persönlich finde es besser, wenn die Leute dabei sind.“ Jedenfalls meistens: „Wenn einer zum zehnten Mal das gleiche Anliegen vorbringt, muss es auch keinen zehnten Ortstermin mehr geben.“ Eine grundsätzliche Regelung halte er aber für falsch: „Man sollte in jedem Einzelfall sehen, wessen Teilnahme sinnvoll ist.“

Ob er sich die Einladung von Bürgern und Ortspolitikern wirklich verbieten lässt? Moegerle hat sich zumindest für Ortsbürgermeister schon mal ein Argument berechnigt: „Das sind ja Ehrenbeamte und als solche Vertreter der Gemeinde.“

»

Man sollte den Leuten zumindest zuhören. Auch wenn man nicht immer in ihrem Sinne entscheiden kann.

Wolfgang Moegerle
Bürgermeister
von Algermissen

KOMMENTAR

Der falsche Weg



Von Tarek Abu Ajamieh

leistet jenen Vorschub, die behaupten, „die da oben“, würden ja eh „machen, was sie wollen“ und sich nicht um die Anliegen der Bürger scheren.

Der Plan, auch in Algermissen und Harsum künftig so vorzugehen wie im restlichen Landkreis, geht daher genau in die falsche Richtung. Vielmehr sollte es kreisweit so laufen wie in den beiden Nordkreis-Gemeinden. Damit Betroffene nicht Monate später die reine Entscheidung erfahren, sondern bei ihrer Entstehung gehört werden und Erklärungen bekommen können.

Was die Verkehrskommission diskutiert, betrifft oftmals das unmittelbare Lebensumfeld von Bürgern. Sie und ihre örtlichen Vertreter von Ortsterminen auszuschließen, ist deshalb ein Fehler. Und